

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum HH der Gemeinde Raesfeld für das Jahr 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Zit: Fast wie Goethes Gedicht „Gefunden“.(?)

*Ich ging auf dem Wege
so für mich hin,
und nichts zu suchen,
das war mein Sinn.*

*Da plötzlich sah ich
ein Pinselchen liegen,
mit kräftigen Borsten,
die konnte man biegen.*

*Ich wollt`s liegen lassen,
da sagte es fein:
„Nimm du mich mit,
dann wird`s Dich nicht reun“.*

*Da hob ich es auf
und trug es nach Haus.
Dies stellte sich bald
als Geniestreich heraus.*

*Sobald ich es führte
mit eigener Hand,
ergossen sich Verse
in meinen Verstand.*

*Seit ich diesen Einfalls-
pinsel besitze,
sind meine Ausführungen*

einsame Spitze.

(abgewandelt von Renate Schwarten und geringfügig angepasst von Karl-Heinz Tünte)

Raesfeld war 1994 die einzige schuldenfreie Kommune in NRW. Für Raesfeld ist die Schuldenfreiheit zum Markenzeichen geworden. Inzwischen gibt es weitere Städte und Gemeinden, die konsequent und mit Erfolg daran gearbeitet haben, ebenfalls das Ziel der Schuldenfreiheit zu erreichen. Bei manchen geschieht das mehr oder weniger lautlos. Andere freuen sich so, dass diese Tatsache tagelang die Zeitungen füllt. Für Raesfeld ist die Schuldenfreiheit schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden, obwohl es lange nicht selbstverständlich ist.

„Die Schuldenfreiheit haben wir“, so unser BM Andreas Grotendorst „nur deswegen geschafft, weil wir konsequent gespart, umsichtig und zukunftsorientiert gehandelt haben“. Unser Bürgermeister sagt aber auch: „Wenn es mit der Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) selbst einer Gemeinde wie Raesfeld nicht gelingt, den erforderlichen HH-Ausgleich zu schaffen, stimmt mit dem System etwas nicht.“

U.a. deshalb haben wir uns entschlossen, mit anderen Städten und Gemeinden zusammen beim Verfassungsgerichtshof NRW eine Verfassungsbeschwerde gegen das GFG 2011 zu erheben.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir alle, die Verantwortung für unsere Gemeinde tragen, ob Verwaltung, Rat, öffentliche Einrichtungen der Gemeinde wie Schulen, Büchereien, Feuerwehren, Jugendhäuser sowie Institutionen und Vereine, die durch die Gemeinde gefördert und finanziell unterstützt werden, müssen konsequent und gemeinsam daran arbeiten, Kosten zu sparen, d.h. auch Forderungen zurückzustellen, Erwartungen auf das Allernotwendigste zu reduzieren, hier und da sicher auch auf Wünschenswertes zu verzichten.

Obwohl wir die Strukturschwäche des HH der Gemeinde seit Jahren kennen (ich habe bereits in meinen Ausführungen zu den HH ab dem Jahr **1990**) auf dieses Manko hingewiesen, haben alle Versuche, grundlegende Veränderungen zu erreichen, bisher nicht gefruchtet.

Stattdessen haben wir Jahr für Jahr in Kauf genommen, unseren HH zu Lasten der Substanz auszugleichen, weil wir es nicht geschafft haben, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu

bringen. Alles Andere wäre politisch schwierig und nicht leicht umzusetzen gewesen. Es hat aber auch gute Gründe für unser Verhalten gegeben. Dieses Vorgehen ist uns auch deshalb relativ leicht gefallen, weil wir es immer wieder erlebt haben, dass Ausgaben in den Haushalten nicht in geplanter Höhe angefallen sind, wie prognostiziert und vorsichtig angesetzte Einnahmepositionen des HH vom tatsächlichen Einnahmevermögen in gewisser Regelmäßigkeit übertroffen wurden. Mit dieser Art der HH-Planung und Abwicklung haben sich alle politischen Gruppierungen einverstanden erklärt.

Wenn wir vom Sparen reden, neigen wir selbst in Raesfeld mittlerweile, wie auf den höheren politischen Ebenen, allzu leicht dazu, alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation in Betracht zu ziehen. Den Mut, nachhaltig den gemeindlichen Ausgaben oder dem Ausgabeverhalten zu Leibe zu rücken, tun wir uns, und da schließe ich die CDU-Fraktion mit ein, mehr als schwer.

Nachdem der von der Gemeinde eingesetzte Wirtschaftsprüfer zum HH 2010 in rosaroten Zahlen und Beispielen eine sehr positive Entwicklung und im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden in NRW eine sehr positive Position der Gemeinde Raesfeld bei diversen Kennzahlen bescheinigt hatte, war es für uns ernüchternd, vom Bürgermeister zu hören, wie uns die Prüfer der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW sehen. Vom nicht ausgeglichenen HH ist die Rede, vom fehlenden Nachtrags-HH für 2011, und es wird angedeutet, dass eine HH-Sicherung für 2011 besser gewesen wäre.

Auch, wenn wir diese Rechtsauffassung nicht teilen,

- Zwingen uns die nackten Zahlen zum Handeln
- Sollten wir den deutlichen Hinweis der GPA ernst nehmen
- Müssen wir den HH für die kommenden Jahre massiv konsolidieren, d.h. die Finanzen der Gemeinde so sichern und festigen, dass wir nicht Gefahr laufen, zukünftig fremdbestimmt zu werden. Nur so erhalten wir unsere Chance, selbst neue, tragende Zukunftsperspektiven für die Gemeinde Raesfeld zu entwickeln

Dabei haben uns die Prüfer konkrete Hinweise gegeben, wo Ansatzpunkte sein könnten, die strukturelle Ausgabenlastigkeit des HH zu verändern. Z.B. wurde ein hoher Durchschnittswert bei den Bruttogeschossflächen der öffentlichen Gebäude festgestellt. Daraus ist abzuleiten, dass wir uns vermutlich in Zukunft ganz gezielt mit dem einen oder anderen öffentlichen Gebäude beschäftigen müssen und das Ziel verfolgen müssen, wie wir mit öffentlichen Flächen, die hohe Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten verursachen, umgehen. Ob wir alles so belassen können oder ob wir sogar überlegen müssen, sie anderen Nutzungen zuführen oder sogar dauerhaft reduzieren können.

Wenn es uns nicht gelingt, solche oder auch andere Ansatzpunkte bei den Ausgabepositionen des HH zu finden, werden wir gezwungen, den Bürgern durch höhere Steuern und Gebühren in die Tasche zu greifen, oder, was mindestens so schwer wiegen würde, die sog. Freiwilligen Leistungen zu kürzen.

Was das bedeuten würde, wissen wir alle nur zu gut.

Die Borkener Zeitung schrieb in ihrem Kommentar vom 7.12.2011 „ Es mutet schon paradox (widersinnig, sonderbar) an, wenn das Land auf der einen Seite die Schlüsselzuweisungen kürzt und eine Einrichtung des Landes, nämlich die GPA, von HH-Sicherung spricht.

Die CDU ist der Meinung, dass es besser ist, wenn Verwaltung und Politik in Raesfeld gemeinsam in die Speichen greifen, damit der HH-Karren nicht im Dreck stecken bleibt, sondern wieder flott gemacht werden kann.

Von sehr vielen unserer Bürger wissen wir, dass sie stolz auf ihre Gemeinde Raesfeld sind und bereit sind, sich für die Ziele der Gemeinde einzusetzen. Unzählige Ehrenamtliche in unserer Gemeinde bringen sich oft persönlich, manchmal sogar zusätzlich finanziell, ein und helfen so neben dem für das Gemeinwesen sehr wertvollen ideellen Gewinn nicht zuletzt ganz erheblich mit, Kosten zu sparen und dem Zusammenleben in der Gemeinde, in den Nachbarschaften, in den Vereinen einen tieferen Sinn zu geben.

Rein statistisch hat jeder Deutsche um die 50 noch etwa 30 Jahre Lebenszeit vor sich. Diese wollen mit sinnvollen Aufgaben und Hobbys gefüllt sein. Eine aktuelle Umfrage bei

Berufstätigen über 50 zeigt, dass mehr als 50 % sich später als Rentner ehrenamtlich engagieren wollen.

Zum ersten Male haben wir 2011 das Angebot der Sparkasse Westmünsterland angenommen und mit dem Ehrenamtspreis für Frau Arntz und das ehrenamtlichen Team des Bildungswerkes verdiente Persönlichkeiten hervorgehoben. Über Jahrzehnte haben sie sich erfolgreich und uneigennützig für die dörfliche Gemeinschaft eingesetzt. Dank sei aber auch allen anderen gesagt, die ihr ehrenamtliches Engagement in unserer Gemeinde wie selbstverständlich und ohne besondere Anerkennung in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Dass wir gemeinsam viel erreichen können, sollen zwei Beispiele, die uns zwar nicht unmittelbar betreffen, aber m.E. sinnbildlich sind, untermauern:

1. die sog. Bonner Republik hat nach dem **Krieg nur durch solidarisches Zusammenstehen** zu wirtschaftlicher Kraft gefunden
2. nach der Wende gelang dem wiedervereinten Deutschland der Aufstieg zur stärksten Wirtschaftskraft in Europa und zum Exportweltmeister u.a. **durch den Solidarpakt**

Das Zusammenstehen in der Gemeinde Raesfeld hat die insgesamt positive rasante Entwicklung der Gemeinde, vor allem seit der kommunalen Neugliederung und der Selbständigkeit der Gemeinde bewirkt.

Der Gemeinde-HH für 2012 gibt in seinen Zahlen allerdings genau das wieder, was ich zu Anfang als Problematik beschrieben habe. Der **HH gilt zwar formal als ausgeglichen**. Er kann aber auch 2012 nur durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. Gott sei Dank müssen wir noch nicht auf unsere allgemeine Rücklage zurückgreifen.

Wenn das Rechenergebnis am Ende des Jahres 2012 feststeht und bis dahin keine gravierenden Veränderungen eingetreten sind, werden wir 1,125 Mio. € entnehmen müssen, obwohl wir die Grundsteuer B ab 2012 deutlich auf den fiktiven Hebesatz angehoben haben und dies ca. 150.000 € in die Gemeindekasse bringen wird. (Vielleicht ermäßigt sich die

Kreisumlage noch um ca. 240.000 €, dann blieben aber immer noch ca, 885.000 €, die uns zum Ausgleich des HH fehlen würden)

Die einzige positive Feststellung im § 2 der HH-Satzung ist die, dass Kredite nicht veranschlagt werden.

Ich will nur auf einige wenige bedeutende Positionen eingehen:

- die besonders günstige allgemeine Wirtschaftslage spiegelt sich deutlich positiv in höheren Erträgen der Gemeinde bei den Steuereinnahmen wieder. An anderer Stelle im HH wirkt sich die Ertragskraft der Gemeinde durch eine Kürzung der Schlüsselzuweisungen negativ aus. Gegenüber dem tatsächlichen Ergebnis 2010 mit 2,4 Mio. € rechnen wir nur noch mit 1,185 Mio. €.
- Die Personalkosten steigen moderat und sind im Vergleich immer noch sehr niedrig, d.h. der BM und seine Mitarbeiter engagieren sich sehr. Ihre Leistungen können sich sehen lassen und verdienen Lob und Anerkennung, die die CDU-Fraktion hiermit gerne ausspricht.
- Weniger erfreulich ist das kontinuierliche Ansteigen der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen auf 3,37 Mio. €. Hier werden u.a. die Unterhaltungsaufwendungen für Schulen, die Bewirtschaftung der Gebäude, Straßen, Wege und Plätze verbucht. Dieser verdient weiter unsere besondere Aufmerksamkeit
- Wenn die gemeinsam beschlossenen Gesamtmaßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung nicht so, wie im Energiebericht des Gebäudemanagers, Stefan Bröker, greifen würden, wie sie es tun, hätten uns im Durchschnitt der letzten acht Jahre jedes Jahr zusätzlich 150.000 € gefehlt, denn insgesamt konnten wir durch diese Maßnahmen nachweislich ca. 1,2 Mio. € Aufwendungen sparen. Auch hier haben die Verwaltung, besonders der Bereich Bauverwaltung mit dem Gebäudemanagement besonderes Lob verdient.
- Die Kreisumlage steigt nur geringfügig, und so, wie die letzten Informationen aus dem Kreisausschuss aussehen, können wir damit rechnen, noch einmal ca. 240.000 € weniger zahlen, als die bisher angesetzten. ca. 5 Mio. €, wenn der Kreistag den Empfehlungen des Kreisausschusses folgt
- Die Zahlung von Zuschüssen an Verbände und Vereine bleibt unverändert

- Die sonstigen Aufwendungen, zu denen die allg. Geschäftsaufwendungen zählen, reduzieren sich um 160 TEURO auf immer noch 804 TEURO. Die CDU begrüßt ausdrücklich die Initiative der Verwaltung, die uns bei der letzten HA-Sitzung einen Vorschlag zur Reduzierung von Druck- und Portokosten vorgelegt hat. Wir wünschen uns und fordern sie auf, mit uns gemeinsam nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten zu suchen.
- Auf der Ausgabenseite zeigen wir, dass die Gemeinde so stark ist, immerhin Investitionen in einer Größenordnung von ca. 2,89 Mio. zu tätigen. Die Mittel sollen in die Renovierung der Kläranlage, in Kanalbaumaßnahmen, in ein Regenrückhaltebecken und in Straßenbaumaßnahmen am Nettelhoff und Baustraßen in den Neubaugebieten fließen
- Für den HH 2012 akzeptiert die CDU den Ansatz zur Sanierung von Straßen und Wegen im Außenbereich. Für die Zukunft wünschen wir uns wieder einen Ansatz, der sich an den Erträgen aus der Grundsteuer A orientiert. Da steht die Gemeinde bei den Eigentümern unbebauter Grundstücke im Wort
- Zu Recht weist die Verwaltung darauf hin, dass der Gemeinde noch zusätzliche Belastungen drohen, wenn nach Jahren der Nutzung die ersten innerörtlichen Straßen grundlegend saniert werden müssen. Auch hierauf müssen wir uns einstellen, weil die Gemeindeanteile bei der grundlegenden Sanierung ungleich höher zu Buche schlagen werden als bei der Erstellung neuer Straßen
- Hoffentlich werden wir aufgrund unserer Schuldenfreiheit nicht zu den sog. reichen Kommunen gezählt, die nach Planungen der rotgrünen-Landesregierung ab 2013 vor den Entschuldungskarren gespannt werden sollen. Den Kommunen, die in der Vergangenheit ihre HH in Ordnung gehalten oder gebracht haben, droht die Landesregierung damit, ihnen ins Portemonnaie zu greifen. Diskutiert wird über eine sog. Abundanzumlage. Im Kern würden die Steuerzahler eines schuldenfreien Raesfeld damit für die finanziellen Schieflagen, vornehmlich der Ruhrgebietsstädte, aufkommen. (abundant – heißt häufig vorkommend) Was heißt das für uns?

In der HA Sitzung am 13. Februar 2012 hat unser Bürgermeister, Andreas Grotendorst, darauf hingewiesen, dass wir uns aus seiner Sicht um den HH 2012 nicht besonders kümmern müssen, da er nur die allernotwendigsten Ansätze enthält und in vielen Positionen unabänderliche Zahlen wiedergibt.

Herr Grotendorst forderte gleichzeitig seine Mitarbeiter und die Fraktionen auf, sich unter strategischen Gesichtspunkten jetzt schon mit dem HH 2013 zu beschäftigen. D.h., einen Blick in die Zukunft werfen:

Die CDU-Fraktion hat das schon mit ersten konkreten Überlegungen bei ihrer HH-Klausur im Januar 2012 getan. Wir werden diese Überlegungen weiter konkretisieren und konkrete Vorschläge erarbeiten.

Mit Freude sieht die CDU-Fraktion, dass die Gemeinde Raesfeld aktuell und in den kommenden Jahren mit wesentlichen Bausteinen ihre Infrastruktur ergänzen und optimieren wird. Alle Maßnahmen sind auf eine langfristige Nutzung und Sicherung der gesamten Infrastruktureinrichtungen ausgerichtet.

An erster Stelle ist die Erschließung neuer Wohnbaugebiete in Raesfeld und Erle zu nennen.

- In Erle auf der ehemaligen Hofstelle Hennebühl, auf einem Teil des Kasernengeländes und am Hilgenstuhl
- In Raesfeld steht die Realisierung des Baugebietes Dorstener Straße-Stockbreite an, das nach mehr als 8 Jahren Planungs- und Verhandlungsmarathon endlich Wirklichkeit werden soll.

Der schleppende Fortgang im Baugebiet Dorstener Straße - Stockbreite treibt der CDU-Fraktion allerdings Sorgenfalten auf die Stirn.

Bei allem Verständnis für berechtigte Interessen der Grundstückseigentümer. Wir müssen jetzt kurzfristig zu Pote kommen. Der Flächennutzungsplan ist lt. Mitteilung der Verwaltung in der Planungsausschusssitzung vom 23.02.2012 rechtskräftig. Der darauf basierende Bebauungsplan soll möglichst kurzfristig Rechtskraft erlangen, damit endlich baulich etwas passieren kann. Weitere Veränderungswünsche führen zu weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung, kosten Zeit und Geld und überstrapazieren nach mehr als 8 Jahren Planungsphase unsere Geduld. Der Bogen sollte nicht überspannt werden. Wir haben nicht die Absicht, die Grundstückseigentümer zu bedrängen oder zu verunsichern. Aber wir fühlen uns in der Verantwortung und wollen auf jeden Fall kurzfristig für eine längst überfällige, bauliche Weiterentwicklung der Gemeinde Raesfeld

sorgen. Bisher ist in den Verhandlungen von allen Seiten viel Wohlwollen gezeigt worden, das sollte am absehbaren Ende dieses Prozesses nicht in Enttäuschungen enden.

Die Gemeinde benötigt für ihre weitere Entwicklung unbedingt kurzfristig bebaubare Flächen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, junge Leute an andere Nachbargemeinden zu verlieren. Wir laufen Gefahr, dass bei fehlender Umsetzung die Gemeindeentwicklung einen deutlichen Bruch erfährt. Unser Ziel, u.a. durch rege Bautätigkeit in der Gemeinde, langfristig die Auslastung bereits vorhandener Infrastruktur der Gemeinde zu stabilisieren und zu sichern, ist äußerst gefährdet.

Nach aktuell veröffentlichten Zahlen in der BZ vom 22.02.2012 „bleibt Raesfeld sowieso teuerstes Pflaster“ bei den Baulandpreisen im Kreis Borken. Die Baulandpreise in den Nachbargemeinden sind deutlich günstiger. Wenn dann noch hohe Kosten hinzukommen, von verlorener Zeit ganz zu schweigen, wird es schwierig, unsere jungen Leute für einen Verbleib in der Gemeinde zu gewinnen. Ein größeres Angebot an baureifen Grundstücken soll zudem Preis beruhigend wirken.

Allen Eigentümern muss bewusst sein, dass die Flächen zwischen Dorstener Straße und Stockbreite **aller Voraussicht nach die letzten Flächen** sind, die in Raesfeld noch der Wohnbebauung zugeführt werden können. Darüber hinaus besteht in absehbarer Zukunft in Raesfeld kein weiterer Bedarf, und auch die Landesplanung wird der Gemeinde keine zusätzlichen Flächen für Bauland zugestehen.

Auf einem positiven Weg befindet sich die Suche nach Investoren und Betreibern für die zwei in Raesfeld und Erle geplanten Anlagen für seniorengerechtes Wohnen. Wir schaffen damit die lange gewünschte Einrichtung für ältere, oft gesundheitlich angeschlagene Menschen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind. Die Einrichtung wird organisatorisch so ausgerichtet sein, dass sie es den Nutzern ermöglicht, ihren Lebensabend so lange wie möglich selbst bestimmt zu gestalten.

In Erle verfügt die Gemeinde über mehrere Grundstücke am sog. Kirchring. Hier soll nach den Plänen der Gemeinde ebenfalls ein Angebot für seniorengerechtes Wohnen geschaffen werden. Organisatorisch wird das Ziel verfolgt, die Einrichtungen in Erle wie

in Raesfeld in die Verantwortung eines Betreibers zu geben, um wirtschaftliche Synergieeffekte zu ermöglichen

Die Idee der Verwaltung, das Gesamtprojekt in Erle zu einer attraktiven und tragfähigen Lösung für mögliche Investoren zu bringen, wird von der CDU-Fraktion ausdrücklich unterstützt. Die Gedanken, an diesem zentralen Standort in unmittelbarer Nachbarschaft zur Silvesterkirche weitere Einrichtungen wie Bücherei, Pfarrheim und Wohnungen unter einem Dach zu vereinen, sollten aus Sicht der CDU aktiv weiter verfolgt werden. Eine Gesamtlösung, wie angedacht, könnte wesentlich wirtschaftlicher betrieben werden und würde energetisch neuesten Anforderungen gerecht werden.

Aus unserer Sicht werden diese Pläne das Dorf Erle nicht spalten, wenn für das bisherige Pfarrheim sinnvolle andere Nutzungen gefunden werden. Aber das ist allein Aufgabe der Kirchengemeinde und des Kirchenvorstandes. Die politische Gemeinde kann dabei nur unterstützend tätig werden oder sich in die Lösungsfindung einbringen.

Freuen können wir uns alle auf die in wenigen Wochen bevorstehende Eröffnung von „Klaudia – Treffpunkt Mode“ im Ortskern von Raesfeld. Auch, wenn die äußere Gestaltung des Gebäudes auf den ersten Blick für den einen oder anderen gewöhnungsbedürftig erscheint, hat der Investor in Zusammenarbeit mit der Gemeinde, dem Architekten und den zukünftigen Nutzern mit dem Bauwerk neue Akzente für die Dorfentwicklung gesetzt.

Und wer gesehen und vor allen Dingen gerochen hat, wie es um die alte Bausubstanz wirklich bestellt war, der dürfte dem heute nicht mehr nachweinen.

Sicher verändert das Gebäude die bisher bekannten baulichen Strukturen. Eine Freifläche, wie sie an dieser Stelle von einigen Bürgern für wünschenswert gehalten wurde, wäre nach Überzeugung der CDU-Fraktion nicht die Lösung und für die Gemeinde viel zu teuer gewesen. Wir freuen uns über das entstandene Gebäude, wie die Borkener Zeitung schrieb, bietet es sich: „Hell – freundlich – chic – schön“ dar. Die CDU-Fraktion hat das Ziel, an diesem exponierten Platz eine architektonisch ansprechende Lösung zu schaffen, von Anfang an aktiv gefördert. Mit der geplanten Nutzung erreichen wir eine deutliche Verbesserung des Angebotes für unsere Bürger, die sich vor Ort mit Textilien versorgen wollen. Wenn das Angebot ansprechend genug gestaltet wird, kann es gut gelingen,

zusätzlich Kunden von außerhalb nach Raesfeld zu locken. Raesfeld hat viel zu bieten, das wird hier wieder einmal sehr deutlich. Die CDU-Fraktion wünscht den Betreibern gutes Gelingen und viel Erfolg. Die geschäftlichen Aktivitäten werden nach unseren Erwartungen den Ortskern von Raesfeld deutlich beleben. Das kann auch dem gesamten Umfeld nur gut tun.

Unsere Gewerbegebiete entwickeln sich kontinuierlich weiter. Mit der Ansiedlung neuer Betriebe haben wir das Arbeitsplatzangebot vor Ort, in Raesfeld und Erle, kontinuierlich ausgebaut.

Da die Gemeinde nur noch begrenzt Gewerbeflächen anbieten kann, fordert die CDU-Fraktion, rechtzeitig planerische Voraussetzungen für eine Erweiterung in Raesfeld und Erle zu schaffen.

Mit weiteren Schwerpunkten wird sich die CDU-Fraktion in allernächster Zeit beschäftigen:

1. sichere und nachhaltige Energieversorgung für die Gemeinde. Da spielt für uns nach dem Ausstieg aus der Kernenergie natürlich die Frage der Nutzung regenerativer Energien eine wesentliche Rolle. Der Ausstieg aus der Kernenergie hat zwangsläufig zur Folge, dass alternative Energien besonders gefördert werden müssen. Sie sollen ja entfallene Energiekapazitäten ersetzen. Nach Überzeugung der CDU kann auch die Gemeinde einen Beitrag leisten. Erstens dadurch, dass sie selbst i.R. ihrer Möglichkeiten neben den herkömmlichen Energieträgern regenerative Energien stärker nutzt. Zweitens kann sie die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Nutzung regenerativer Energien schaffen. Wie wir alle wissen, liegen 16 Anträge auf Errichtung von Windenergieanlagen vor, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das wird nicht einfach sein, da sehr unterschiedliche Interessen verfolgt werden. Die einen fordern die Nutzung aus ökologischen die anderen fordern sie aus ökonomischen Gründen. Das wird so lukrativ gemacht, dass jeder Bürger sich z.B. in einem Bürgerpark direkt beteiligen können soll. Andere Bürger fühlen sich von den Planungsüberlegungen negativ betroffenen. Sie haben i.d.R. ihre Wohnungen in der Nähe denkbarer Standorte.befürchten dauerhaft Immissionen durch Lärm, Schattenwurf usw.. Wieder andere befürchten bei der Größe und Höhe der neuen Anlagen schwerwiegende Auswirkungen für Natur und Landschaft. Es ist heute schon

klar, dass es unmöglich sein wir, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Soviel aus Sicht der CDU nur grundsätzlich dazu: Wenn wir die Energiewende und die damit verbundenen Ziele ernst nehmen und erreichen wollen, müssen alle daran mitwirken. Es ist von allen Beteiligten Kompromissfähigkeit gefragt. Wir alle können nicht nach dem St. Florianprinzip „*Heiliger Sankt Florian / Verschon' mein Haus / Zünd' andre an!*“ verfahren, wenn wir Lösungen finden wollen.

Die CDU-Fraktion wird sich mit dem Windenergieerlass, dem Gutachten für das gesamte Gemeindegebiet intensiv beschäftigen. D.h. für uns nicht, Förderung um jeden Preis. Wir werden uns vermutlich an den Empfehlungen des Gutachtens orientieren. Soviel kann ich heute schon sagen. Es muss für die CDU gewährleistet sein, dass neu entstehende Anlagen auf jeden Fall größtmögliche Abstände zur Wohnbebauung einhalten. Besonderes Augenmerk müssen wir darauf legen, dass das Landschaftsbild und damit auch die Anziehungskraft unserer Gemeinde als touristischer Schwerpunkt nicht dauerhaft beeinträchtigt wird.

In der Zeitschrift „TOP-Agrar“ war zu lesen, dass viele Bürgerinitiativen gegen Windparks, Biogasanlagen oder neue Freileitung mit dem Argument kämpfen, das Landschaftsbild werde zerstört.

Dr. Bernhard Widmann, Leiter des Technologie u. Förderzentrums in Straubing, mahnt zur Sachlichkeit und sagt, dass der notwendige Umstieg auf regenerative Energien zwangsläufig das Landschaftsbild verändern wird. Windräder, Solaranlagen, neue Stromleitungen, aber auch Energiepflanzen wie Mais, Hirse oder schnell wachsende Bäume werden Teil unserer künftigen Kulturlandschaft sein. Und ohne Umstellung auf erneuerbare Energien wird stattdessen der Klimawandel deutliche Spuren im Landschaftsbild hinterlassen. Nach seiner Meinung ist die Bewahrung des Landschaftsbildes reines Wunschdenken und somit nicht möglich. „Wir müssen die Einwände der Bevölkerung ernst nehmen, dürfen aber nicht vergessen, dass der Mensch die Kulturlandschaft laufend ändert, z.B. durch Rodung, Ackerbau, Tourismus oder Straßenbau“.

Wir werden noch viel Arbeit damit haben, das allen Beteiligten verständlich zu machen. Auch die Bürgerinitiativen haben Anspruch darauf, dass ihre Argumente beachtet, abgewogen und in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Am 22. März 2012 haben wir die Möglichkeit, uns in Saerbeck zum Thema Energieeffizienz zusätzlich zu informieren. Diese Fahrt geht auf eine Anregung der CDU zurück.

2. Im Zusammenhang mit der Erstellung evtl. neuer Anlagen ist es der CDU-Fraktion wichtig, das Thema „Sondernutzung von Straßen im Außenbereich“ neu zu beraten. Wir müssen eine Antwort darauf finden, wie wir Grundstückseigentümer und Betreiber von solchen Anlagen, denen die Nutzung i.d.R. Vorteile verschafft, dauerhaft an den Kosten z.B. der Unterhaltung von Straßen beteiligen können.
3. Das Thema „Bürgerstiftung“, das die CDU-Fraktion 2010 in die politische Diskussion gebracht hat, sollte kurzfristig auf die Tagesordnung kommen. Ich hatte angeregt, in den Fraktionen einmal darüber nachzudenken, wie wir den Prozess zur Gründung einer Bürgerstiftung unterstützen können. Mein Vorschlag lautet: „Die Ratsmitglieder verzichten auf eine Monatspauschale, die Funktionsträger wie stv. BM, Fraktionsvorsitzende verzichten auf eine Monatsfunktionszulage. Die sich daraus ergebende Summe (m.E. sollten mindestens 5.000 € zusammen kommen) wird als Gründungseinlage in die neu zu gründende Bürgerstiftung eingebracht. Damit könnte der Rat eine Vorbildfunktion übernehmen und die Wichtigkeit der Einrichtung einer Bürgerstiftung unterstreichen.
Für die CDU-Fraktion erkläre ich gleichzeitig, dass wir die Bürgerstiftung von politischem Einfluss frei halten wollen. Die Einzahlung eines Gründungsbeitrages oder auch von Spenden darf grundsätzlich nicht mit Erwartungen bezüglich der zukünftigen Verwendung von Stiftungsmitteln verbunden sein.
4. Und noch eine Anregung in diesem Zusammenhang: Vielleicht möchte der eine der andere Bürger oder Besucher von Raesfeld für diese, u.E. sinnvolle Sache spenden. Dann wäre eine bestehende Bürgerstiftung eine gute Adresse. Auch, wenn die Beträge noch so klein sind, helfen sie weiter. Deshalb schlage ich vor, im 20. Jahr der Schuldenfreiheit der Gemeinde, in einer von hoffentlich vielen besonderen Aktionen auf dem Rathausplatz eine überdimensionale Spardose aufzustellen, die jedem die Möglichkeit gibt, nach seinem Gutdünken zu spenden. Das gesammelte Geld könnte ebenfalls der Stiftung und damit sozialen, kulturellen Zwecken zugute kommen.
5. Vor drei Jahren habe ich für die CDU-Fraktion den Vorschlag eingebracht, den sog.

Alten Ortskern von Raesfeld zu überplanen, um aus planerischer Sicht vorbereitet zu sein und möglichen Investoren Grundinformationen und Orientierung über die Nutzungsmöglichkeiten von Flächen im Ortskern geben zu können. Wir freuen uns, dass die Verwaltung dafür Mittel im HH 2012 vorgesehen hat. Wenn das Kind jetzt Gemeindeentwicklungsplan heißen soll, damit aber gleiche oder ähnliche Ziele verfolgt werden, begrüßt die CDU-Fraktion das ausdrücklich

6. Die Diskussionen bei der Vorstellung des Ausbauplanes für den Brink haben gezeigt, dass noch Klärungsbedarf besteht. Es liegt ein Antrag vor, den Ausbauplan grundsätzlich zu überarbeiten und aus Sicht der Anlieger des Brink auf ein notwendiges Maß zu beschränken. Wenn dort vorgeschlagen wird, z.B. Ausbaubreiten zu verändern, heißt das, wenn man diesem Vorschlag folgen sollte, dass Flächen übrig bleiben. Unterstellt die Flächen wären verzichtbar, müsste aus Sicht der CDU gewährleistet sein, dass die Gemeinde diese Flächen nicht dauerhaft unterhalten muss. Ansonsten sind wir für Anregungen offen, zumal sie letztendlich auch den gemeindlichen Kostenanteil verringern können
7. Schön, dass die Verwaltung die Idee der CDU-Fraktion zur Errichtung eines Kinderspielplatzes in der Nähe des Besucherzentrums aufgegriffen hat. Dass daraus jetzt ein Gemeinschaftsprojekt des Naturpark Hohe Mark-Westmünsterland, des Tiergartenträgerverein und der Gemeinde mit Unterstützung durch Ortsmarketing und andere ortsansässige Vereine entstanden ist, ist Klasse. Dieses geplante Naturerlebnisspielgelände mit grüner Waldschule findet unsere volle Unterstützung. Details müssen natürlich noch abgestimmt werden.
8. Wir freuen uns darüber, dass sich nach jahrelangen intensiven, teils sehr bissigen und unerfreulichen Diskussionen und Bemühungen der Gemeinde Möglichkeiten abzeichnen, auf dem Sportgelände „Zum Michael“ für den TSV zusätzliche Trainingsflächen zu schaffen. Dies wird die Engpässe, die sich im Laufe der letzten Jahre ergeben haben, deutlich entschärfen. Die CDU-Fraktion unterstützt eine zügige Umsetzung ohne Vorbehalte
9. Wie der Zeitung zu entnehmen war, beschäftigt sich die Katholische Kirchengemeinde mit der Neustrukturierung ihrer Gebäude am Hohen Weg bzw. an der Kolpingstraße.

Die CDU-Fraktion sieht hier sehr gute Möglichkeiten, diese Pläne aus Sicht der politischen Gemeinde positiv zu unterstützen. In die Diskussion möchte ich den Gedanken einbringen, ob bei der Erstellung zukünftiger Gemeinschaftsräume nicht auch eine Kooperation zwischen politischer Gemeinde und Kirchengemeinde St. Martin überlegt werden sollte.

10. Die Diskussion um die Umsetzung des Themas Inklusion wird vermutlich auch unsere praktische Arbeit in den nächsten Jahren prägen. Wenn wir uns vorstellen, dass behinderte und nicht behinderte Kinder bald überall in Regelschulen zusammen lernen sollen, müssen wir uns rechtzeitig fragen: Wie wirkt sich das für unsere bestehenden Schulen aus. Welche Anforderungen kommen auf die Gemeinde, auf die Schulen zu? Die organisatorischen und baulichen Voraussetzungen, wie z.B. Barrierefreiheit herzustellen, dürften dabei die einfachsten Fragen sein. Und die sind schon schwer genug zu lösen, ohne die Gemeinde allein finanziell nicht zu überfordern.
11. Unter dem Stichwort demografische Entwicklung schlägt die CDU-Fraktion vor, in die zukünftigen Diskussionen den Gedanken einzubeziehen, wie das, ich nenne es einfach einmal „Wohnungsmanagement“ in der Gemeinde verbessert werden kann. Mich beschäftigt der Gedanke, ob so ein Wohnungsmanagement durch Aktivitäten der Gemeinde verbessert oder überhaupt als Lösungsansatz angegangen werden kann. Was meine ich damit? Es ist bekannt, dass heute durch familiäre Veränderungen, Sterbefälle usw. viele Einpersonenhaushalte bestehen, in denen einzelne Menschen auf häufig viel zu großen Grundstücken in ebenso überdimensionierten Gebäuden wohnen. In Zeiten dramatisch steigender Energiepreise wird es für viele immer schwieriger, eine dauerhafte Pflege des Grundstücks und die Unterhaltung der Gebäude sicherzustellen.
Ich stelle mir vor, dass durch ein aktives Wohnungsmanagement, das zentral organisiert ist, zwischen Jung und Alt, zwischen Menschen, die bereit oder gezwungen sind, ihre Wohnungssituation zu verändern und z.B. jungen Familien, die solchen Raum suchen, Lösungen gefunden werden können, die den unterschiedlichen Interessen gerecht werden.
12. Für unsere Gemeinde ist es wichtig, möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen an der Meinungsbildung zu wichtigen Fragen der gemeindlichen Entwicklung zu beteiligen. Der immer deutlicher werdende Trend zur Bildung von Bürgerinitiativen bestätigt, dass Bürger sich oft nicht ausreichend informiert oder beteiligt fühlen oder sich nicht an etablierte Parteien oder Wählergemeinschaften binden wollen. Die CDU-

Fraktion schlägt deshalb vor, einen „Generationstreff“ zu organisieren, in dem Jung und Alt, Männer, Frauen und Jugendliche, die sich für kommunalpolitische Themen interessieren und sich an der Gestaltung der Zukunft unserer Gemeinde aktiv beteiligen wollen, regelmäßig die Möglichkeit zu einem Gedankenaustausch, zu Diskussionen, zu Vorschlägen für die Entwicklung der Gemeinde treffen möchten.

Sie sehen, wir haben noch viel zu tun. Der HH 2012 bietet die Grundlage für die Aktivitäten der Gemeinde für dieses Jahr. Wie es weitergeht, hängt u.a. auch von unserer Kreativität ab. Die Bürger erwarten von uns, dass wir alle zusammen unser Möglichstes tun, dass es der Gemeinde und ihren Bürgern gut geht. Für die CDU-Fraktion kann ich erklären, dass wir bereit sind, uns für diese Ziele ins Zeug zu legen.

Zwei Dinge, die mir wichtig sind, möchte ich noch ansprechen:

- Wir freuen uns mit unseren Freunden in Wehl, dass im Rahmen der 25-Jahr-Feier zur Partnerschaft die Verdienste von Ineken Molewijk mit dem königlichen Orden von Oranien und Nassau gewürdigt wurden und gratulieren ganz herzlich
- Freuen tun wir uns auch darüber, dass es unserem Ehrenbürgermeister, Udo Rößing, nach mehreren schweren OP's offensichtlich wieder besser geht. Wir wünschen ihm alles Gute und beste Genesung.

Die CDU stimmt dem vorliegenden HH unter Berücksichtigung unseres Antrages zur Verwendung der geplanten Mittel im ER 19, der Haushaltssatzung und dem Stellenplan ohne Änderungen zu.

Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister, für die tollen Leistungen im abgelaufenen Jahr. Bitte geben Sie den Dank an Ihre Mitarbeiter weiter. Danken möchte ich meiner Fraktion, die mich während des Jahres unterstützt hat und an allen wichtigen Entscheidungen aktiv mitgearbeitet hat und damit unsere Gemeindepolitik geprägt hat. Danke sage ich auch den anderen Fraktionen, dass Sie mich, uns als Fraktion ertragen haben. Ich denke, bei aller Unterschiedlichkeit, haben wir stets das Wohl unserer Bürger und der Gemeinde im Auge gehabt.

Danke auch der Presse, die über die Rats- und Ausschussarbeit und auch die Arbeit in den Parteien und Fraktionen zeitnah, umfassend und objektiv berichtet hat.

Danke Ihnen für Ihre Geduld und fürs Zuhören.

Bevor ich das Pult frei mache, möchte ich noch eine Glosse, die so ähnlich von Harald Martenstein im aktuellen Zeitmagazin geschrieben wurde, wiedergeben: Sie lautet ungefähr so:

Über eine Zeit, in der keiner mehr Verantwortung übernehmen will:

„Ich bin für das, was ich heute gesagt habe, nicht zuständig“

Mir fällt auf, dass es einen neuen Megatrend gibt. In der Politik sind ja früher die Leute zurückgetreten nicht nur, wenn ihnen selbst etwas Verwerfliches vorzuwerfen war, nein, manche sind sogar zurückgetreten, wenn in ihrem Verantwortungsbereich einer ihrer Untergebenen etwas ausgefressen hatte. Die Beispiele sind bekannt.

Wenn ein Land zu viel Geld ausgab, dann war dieses Land, so wollte es die Tradition, nach einer gewissen Zeit pleite. Heute scheint das nicht mehr möglich zu sein, andere Länder helfen dem Pleiteland. In der Wirtschaft dagegen war es so, dass ein Unternehmen kaputt ging, wenn es schwere Fehler machte. Zumindest für Banken und Konzerne scheint dieses Gesetz weitgehend außer Kraft gesetzt zu sein.

Im Strafrecht hat sich der Gedanke ausgebreitet, dass Täter selten aus individueller Schuld zu Tätern werden, sondern meistens infolge von Umständen, die sie nicht zu verantworten haben. Die frühere Rolle der Familie, eine Generation sorgt für die andere, hat zu großen Teilen der Staat übernommen. Wenn ein Kind in der Schule schlechte Noten hatte, dann machten früher die Eltern dem Kind Stress. Das habe ich selber erfahren dürfen. Jahre später, als Vater erlebte ich, dass viele Eltern für die Noten ihrer Kinder den Lehrer verantwortlich machen, oder die Schule, oder gleich das ganze Erziehungssystem.

Ich möchte das gar nicht pauschal kritisieren, jede dieser Entwicklungen hat ihr Für und Wider.

Es gibt aber eine auffällige Gemeinsamkeit.

Die Idee, dass Handelnde im Wesentlichen selbst für ihre Taten, für ihr Leben, für ihre Erfolge und Misserfolge, auch für die Menschen, die ihnen nahe stehen, verantwortlich sind, diese Idee der Verantwortung gilt in den verschiedensten Bereichen zunehmend als altmodisch oder sogar menschenfeindlich.

Jeder ist seines Glückes Schmied. Das Individuum soll frei sein, es hat die Wahl, es kann scheitern oder gewinnen, so lauten einige Grundsätze des Kapitalismus.

Jetzt scheinen wir eine neue Ideologie zu haben: Ich weiß nicht, wie sie heißt, Schuld sind immer die anderen.

Ich lehne es aus Gründen, die Sie jetzt sicher verstehen, ab, für meine Ausführungen irgendeine Verantwortung zu übernehmen. Ich bin für das, was ich geschrieben und gesagt habe, nicht zuständig.

Wenden Sie sich bitte an die Verwaltung, an den Staat, an meine Familie. Suchen Sie sich etwas aus. Und freiwillig zurücktreten werde ich auch nicht.